

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 378
KARL HONAY

Wien, am Dienstag, den 1. Dezember 1931.

Der städtische Voranschlag für das Jahr 1932.

Der Wiener Stadtsenat setzte heute gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss unter dem Vorsitz des Bürgermeisters die Beratung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1932 fort. Zur Verhandlung stand die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform. Die Spezialdebatte leitete amtsführender Stadtrat Speiser mit einem eingehenden Bericht ein. Er führte aus, dass der Personalaufwand für das nächste Jahr mit 184'27 Millionen Schilling veranschlagt sei, während laut Rechnungsabschluss 1930 für Personalzwecke 193'29 Millionen Schilling ausgegeben worden seien. Vom Personalaufwand entfallen 134'35 Millionen Schilling auf Aktivitätsbezüge und 49'91 Millionen Schilling auf Ruhe- und Versorgungsgenüsse. Am 1. August dieses Jahres standen in Verwendung 14.178 Angestellte und 5.838 Lehrpersonen nach der allgemeinen Dienstordnung, 1.004 Angestellte nach der Dienstordnung der Feuerwehr, 1.614 Bedienstete im Kollektivvertrag und 2.341 Vertragsangestellte, unter denen sich 1.044 Saisonarbeiter befunden haben. Darüber hinaus seien bei der Gemeinde noch 284 geistliche Schwestern in Wohlfahrtsanstalten, 21 Rudolfinerinnen im Karolinen Kinderspital und 328 nebenberufliche Lehrpersonen für Fremdsprachen in Verwendung. Dazu kommen noch 10.468 Pensionsparteien. Es seien also insgesamt 36.076 Personen, die in den genannten Kategorien eingeordnet sind. Bei den städtischen Unternehmungen waren am 1. August dieses Jahres 2.719 Beamte und 20.689 Bedienstete, insgesamt 23.408 Personen beschäftigt. Der Pensionistenstand setzte sich zusammen aus 1.134 Beamtenpensionistenparteien und 7.816 Bedienstetenpensionsparteien, zusammen 8.950 Pensionsparteien. Die Gemeinde und ihre Unternehmungen beschäftigten also am 1. August dieses Jahres insgesamt 48.688 Personen und zahlte an 19.418 Personen Ruhe- und Versorgungsgenüsse, sodass zusammen rund 68.100 Personen von der Gemeinde Gehalte oder Pensionen beziehen.

Gemeinderat Angermayer bemerkt unter anderem, dass mit Ende des Jahres die Knabenhorte aufgelassen werden sollen. Es stehe ein harter Winter vor der Tür, so dass die geplante Schliessung der Horte die aus Erspargungsgründen im Personaletat durchgeführt werden soll, eine Schädigung jener Kinder bedeuten würde. Mit Rücksicht auf die schwere wirtschaftliche Lage müsse vor der Schliessung der Horte nachdrücklichst gewarnt werden.

Gemeinderat Stöger erklärt, dass die Ersparungsmassnahmen beim Personalaufwand die Angestellten ohne Ausnahme empfindlich hart getroffen habe. Mancher Angestellte beziehe jetzt weniger als vor zwei oder drei Jahren. Um durchgreifende Ersparungen zu erzielen, könnte die Gemeinde auf vielen anderen Gebieten sparen, so zum Beispiel bei der unentgeltlichen Abgabe der Lernmittel, die wahllos an reiche und arme Kinder vorgenommen wird, bei der Säuglingswäsche, die ebenfalls wahllos abgegeben wird. Wenn beim Wohlfahrtsamt auch die private Fürsorge herangezogen werden würde, könnten bedeutende Ersparungen erzielt werden. Die Gemeindeverwaltung lehne jedoch aus Parteifanatismus die Mitarbeit der privaten Fürsorge ab. Die Rationalisierung wachse sich ebenfalls zum Schaden der Angestellten aus. Am Schlusse seiner Ausführungen erklärt der Redner, dass die Minderheit den Voranschlag ablehne.

Stadträtin Dr. Motzko bemängelt, dass die Interessen der Lehrerschaft bis heute einzig und allein von der Sektion der Lehrerschaft im Verband der städtischen Angestellten vertreten werden. Das sei ein unmöglicher Zustand, weshalb unbedingt die gesetzliche Regelung der Personal-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
KARL HONAY

II. Blatt

Wien, am 1. Dezember 1931.

vertretung gefordert werden müsse. Bei der Krankenfürsorgeanstalt habe der Verband der städtischen Angestellten ebenfalls ein Privileg; es sei daher notwendig, sich auch bei der Krankenfürsorgeanstalt auf eine demokratische Plattform zu begeben. Viele Angestellte haben dem Verband bereits den Rücken gekehrt, so dass der Verband nicht die ausschliessliche Vertretung des Personals darstellt. Die Rednerin beantragt, die Durchführung der in der Dienstordnung festgesetzten Personalvertretung für die Lehrerschaft unverzüglich in die Wege zu leiten.

Gemeinderat Krammer bespricht unter anderem die formale Anordnung der Budgetposten. Er kritisiert die Praxis bei ^{der Besetzung von} Schulleiterposten, besonders, dass dabei die Bezirkswünsche nicht genügend berücksichtigt werden. Der Redner verlangt schliesslich die Vorlage eines Dienstpostenplanes.

Nach einer Anfrage des Gemeinderates Uebelhör beantwortet der Referent die im Laufe der Debatte gestellten Anfragen und stellt fest, dass eine Auflassung der Knabenhorte nicht erfolgen werde. Notwendige und mögliche Sparmassnahmen seien beabsichtigt, doch gehen sie keineswegs bis zu einer Schliessung der Horte. Die Positionen der Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform werden genehmigt.

Der Antrag Dr. Motzko wird abgelehnt und von der Antragstellerin als Minderheitsantrag angemeldet.

Ueber die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung erstattet amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler den Bericht. Er führt aus, dass die Wirtschaftsnot nicht bloss eine Verminderung der Steuereinnahmen, sondern zur gleichen Zeit auch eine Erhöhung der Wohlfahrtsausgaben nach sich ziehe. Im Jahre 1930 seien für das Wohlfahrtswesen netto 100'76 Millionen Schilling ausgegeben worden. Darunter haben sich Investitionen von 9'64 Millionen Schilling befunden, so dass auf den eigentlichen Betrieb rund 91 Millionen Schilling entfallen seien. Im kommenden Jahr seien Investitionen nur ganz bescheidenes Natur vorgesehen; es seien hierfür bloss 636.000 Schilling veranschlagt. Der laufende Betrieb des Wohlfahrtswesens erfordere netto rund 93 Millionen Schilling, also trotz verminderten Personalkosten noch immer mehr als 1930. Die Erstellung des Budgets für das Wohlfahrtswesen sei infolge der Verhältnisse überaus schwierig gewesen. Während im Jahre 1900 in Wien 51.000 Geburten zu verzeichnen waren, werden es im heurigen Jahr nicht einmal mehr 17.000 Geburten sein. Wir haben auf der einen Seite einen Geburtenrückgang, auf der anderen Seite aber schreite die Vergreisung der Menschheit ständig vorwärts. Erschrecklich sei auch die furchtbare Zunahme der Zahl der Irrsinnfälle, die letzten Endes die furchtbaren Auswirkungen des Alkoholismus sind. Der Prozentsatz der minderwertigen Menschheit werde von Jahr zu Jahr grösser; die minderwertigen Menschen fallen selbstverständlich dem Wohlfahrtswesen zur Last und die Ausgaben für die Wartung dieser Menschen seien ganz bedeutende. Was die Waisenhausfürsorge anlangt, müsse festgestellt werden, dass die Wiener Waisenhäuser ihren Charakter geändert haben. Zum biologischen Waisentum sei das soziale Waisentum gekommen und das habe den Charakter der Anstalt vollständig geändert. Die Gemeinde setze alles daran, um auf allen Gebieten der Fürsorge den Anforderungen der Zeit und der Verhältnisse nachzukommen.

Stadtrat Dr. Alma Motzko unterzieht das gesamte Gebiet der Fürsorge einer eingehenden Besprechung. Fast alle Zweige der Fürsorge haben sehr bedeutende Abstriche erfahren; so wurden zum Beispiel die Ausgaben

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

KARL HONAY

III. Blatt

Wien, am 1. Dezember 1931.

für die Gesundheitsfürsorge, die im Jahre 1930 noch 39 Millionen Schilling ausgemacht haben, auf 29 Millionen Schilling herabgesetzt. In der ganzen Fürsorge bestehe zwischen dem Personalaufwand und dem Aufwand für Lebensmittel in den Anstalten ein krasses Missverhältnis. Während zum Beispiel der Personalaufwand für die geschlossenen Anstalten der Jugendfürsorge mit 3 Millionen Schilling veranschlagt sei, seien die Kosten für die Lebensmittel nur mit 747.000 Schilling vorgesehen. Die Rednerin stellt den Antrag, die Post für Erhaltungsbeiträge, die im Voranschlag mit 13 Millionen Schilling eingesetzt ist, um 1 Million Schilling auf 14 Millionen Schilling zu erhöhen.

Die Verhandlungen werden abgebrochen; nächste Sitzung morgen, Mittwoch, 16 Uhr.

.....

Aktion "Winterhilfe"

Eine Subvention der Gemeinde Wien.

Am 15. Dezember findet unter Mitwirkung eines vom Kuratorium der "Winterhilfe" eingesetzten Kunstkomitees eine grössere Anzahl von Veranstaltungen zu Gunsten der "Winterhilfe" in Theatern, Kinos und sonstigen Vergnügungsetablissemments statt. Da das Wiener Lustbarkeitsabgabegesetz eine generelle Abgabenbefreiung für diesen Zweck nicht ermöglicht, die Schwämierung des Ertrages durch die Abgabe aber vermieden werden soll, hat der Bürgermeister verfügt, dass der Magistrat dem Gemeinderat den Antrag stelle, einen Betrag, der der Höhe der Lustbarkeitsabgabe für diese Veranstaltungen entspricht, als Subvention zu bewilligen.

.....